

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

258 (5.11.1930)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichtenthaltung des Abnahmepreises, bei gerichtlicher Entscheidung und bei Anrufen außer Haus tritt ein Zuschlag von 20 Prozent zu. Bei Anrufen in der Nacht von 10 bis 12 Uhr 50 Prozent.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post vermittelt 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Reichstraße 28 o. Jernstr. 1020 und 1021 o. Postfach 2650 Karlsruhe. Druck: Hauptstraße 5, D. Bohn, Josephstraße 12, Reiffert, Rosenstraße 2, Offenburg, Reppelstraße 5

Nummer 258 Karlsruhe, Mittwoch, den 5. November 1930 50. Jahrgang

## Brünnings Finanz- und Wirtschaftsprogramm

### Unsichere Wechsel auf die Zukunft

Die Reichsregierung hat am Dienstag abermals den Reichsrat als Forum für die Bekanntgabe und die Begründung ihrer allgemeinpolitischen Absichten benützt.

Der Reichskanzler Brüning hat das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung politisch begründet. Er fordert, daß der Reichsrat das Programm in 14 Tagen durchberate. Der Reichskanzler hat diesen Plan unter zwei Gesichtspunkten gewürdigt. Er erblickt in seiner Durchführung die Voraussetzung jeder auf eine Revision der bisherigen Zahlungsverpflichtungen gerichteten Außenpolitik. Er glaubt ferner, daß die Verabschiedung der 30 Gesetze, die diesen Plan bilden, das Vertrauen wieder herstellen und die Vorbereitungen für eine künftige Außenpolitik der Wirtschaft schaffen werden.

Soweit die außenpolitischen Gesichtspunkte in Betracht kommen, sollen die Darlegungen des Reichskanzlers besagen, daß, solange die deutschen Finanzen nicht gründlich in Ordnung gebracht sind, an ernsthafte Bemühungen um eine erträgliche Neuordnung der deutschen Reparationsverpflichtungen nicht gedacht werden kann. Das ist ein Gesichtspunkt, dem wir durchaus zustimmen können.

Es ist ferner unrettbar richtig, daß die gegenwärtige Krise darauf beruht, daß das öffentliche Vertrauen sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht schwand geworden ist. Die Stabilisierung des Staatshaushalts, die Ordnung der Reichsfinanzen, die Befestigung geordneter parlamentarischer Zustände sind sicherlich notwendige Voraussetzungen für eine Überwindung der Wirtschaftskrise. Strikant ist aber auch, ob dieses Ziel wirklich nur auf dem Wege zu erreichen ist, den die Regierung zunächst in großen Anstrengungen und nunmehr auch in einzelnen Gesetzen vorgelegt hat. Es bestehen dagegen sehr berechtigte Bedenken.

Nach wie vor hofft die Regierung eine Kostensenkung der gesamten Wirtschaft durch Preisentkennung und einseitige Steuerherabsetzung herbeizuführen. Das wesentliche dabei ist, daß sie auf Preisentkennung hofft, und nur auf indirektem Wege darauf hinzuwirken versucht. In der Frage der Lohnsenkung verhält sie sich, wie früherer Ausführungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald und Segerwalds Rede im Reichsrat beweisen, durchaus ablehnend und entschieden. Hier hofft sie nicht nur, hier handelt sie auch! Wir vermissen jedoch eine gleiche Aktivität und tatsächliche Handlung in der Frage der Preisentkennung. Einige kleine Ansätze, so bei den Kohlenpreisen vermögen nicht den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung bisher nichts Entscheidendes auf die Herbeiführung der Preisentkennung unternommen hat.

Aus den Worten des Reichskanzlers geht das Eingeständnis hervor, daß vor allem bei den Kosten der Lebenshaltung bisher nichts Entscheidendes zur Senkung geschehen ist. Der Reichskanzler hat dafür neue Maßnahmen auf agrarpolitischem Gebiet angekündigt. Er hat sich nicht darüber geäußert, ob diese Maßnahmen die bisher eingeschlagene Richtung in der Agrarpolitik weiter verfolgen werden. Die bisherige Agrarpolitik, die in der Hauptache Agrarpolitik war, hat nicht nur auf ein Festhalten der Agrarpreise, sondern darüber hinaus auf eine Aufwärtsbewegung hingewirkt. Das wirtschaftliche Gesamtinteresse erfordern jedoch nicht nur, daß die Zwischenhandelspreise eine energiegeliche Senkung erfahren, sondern vielmehr eine energiegeliche und deutlich fühlbare Preisentkennung beim letzten Verbraucher.

Die Programmrede ließ außerdem ein positives Arbeitsbeschaffungsprogramm vermissen. Man kann darüber hinaus aus der Erklärung des Kanzlers, daß die Regierung zunächst keine Einzelmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vornehmen wolle, den Schluß ziehen, daß die Reichsregierung zunächst auch dem dringlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm, das von weitesten Kreisen der Bevölkerung gebilligt wird, nicht näher zu treten wünscht. Die Stellungnahme, die das neue Programm dem Wohnungsbau gegenüber einnimmt, ist gleichfalls nicht geeignet, der Massenarbeitslosigkeit unmittelbar entgegenzuwirken.

Es beruht die Gesamtheit dieses Programms, wenn man von Einzelheiten absteht, im wesentlichen auf Hoffnungen. Auf der Hoffnung, daß durch indirekte und selbst in Gang kommende Einwirkungen die Preisentkennung in Gang kommen möge und auf der Hoffnung, daß die Senkung einzelner Steuern zu einer Belebung der Wirtschaft nicht von einer aktiven Wirtschaftspolitik begleitet werden, bleiben alle Voraussetzungen für den Ausgang der Krise unsicher.

Deshalb hat der Reichsfinanzminister Dietrich in seinen Ausführungen lebhaft bemüht, Optimismus zur Schau zu tragen, mangelt aus seinen Ausführungen immer wieder ein pessimistischer Unterton, daß nämlich, wenn die Hoffnungen sich als irrig erweisen und die indirekte Me-

thode nicht zu direkten Folgen führe, dann eben wieder eine neue und dann noch schwierigere Situation da sein werde.

Wenn unter diesen Umständen das Programm glaubt, die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Reichsstat loslösen zu können, so liegt darin ein sehr starker Gefahrenmoment.

Das Programm der Regierung wird zunächst im Reichsrat unklärlapf sein. Die Interessen der Länder werden dort sehr energisch vertreten werden. Die Interessen der Gemeinden jedoch, in die das Programm außerordentlich stark eingreift, haben im großen und ganzen im Reichsrat keine Vertretung. Die Interessen der Gemeinden aber sind im wesentlichen identisch mit den sozialen Interessen der breiten Massen der Bevölkerung.

Umso stärker müssen die Masseninteressen bei der Beratung des neuen Programms im Reichstag vertreten werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist diesem Programm gegenüber in ihrer Stellung vollständig frei. Sie wird sich bemühen, die Interessen der breiten Massen des Volkes zu wahren, Verbesserungsvorschläge durchzusetzen und das Beste aus diesem Programm zu machen. Ihre Verbesserungsvorschläge werden, wie die letzte Entschiedenheit der Deutschen Volkspartei erkennen lassen, auf großen Widerstand stoßen. Von rechts her wird der Versuch unternommen werden, noch einseitiger die Unternehmerinteressen gegenüber den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung auszuarbeiten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird in dem Ringen um die Verbesserung des Programms ihre ganze Kraft einsetzen. Sie ist bereit zur Arbeit wie zum Angriff.

### Einzelheiten des Programms

Aus den Ausführungen Brünnings ist noch folgender Passus beachtlich:

Nachdem wir die Freiheit von der ausländischen Kontrolle durch die Annahme des Youngplans bekommen haben, muß es die Aufgabe jeder Reichsregierung sein, wie sie auch vertriebspolitisch zusammen-

mengeleitet ist, dafür zu sorgen, daß von dieser Freiheit der richtige Gebrauch gemacht wird und Sicherungen dafür getroffen werden, daß diese Freiheit unter allen Umständen erhalten bleibt. Die Freiheit ist auch mit Dofern verbunden. Das Ziel unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, die Wirtschaftlichkeit unserer Außenpolitik zu erweitern. Wir müssen das Vertrauen zu unserer Wirtschaft wieder gewinnen. Ausland und Inland, vor allem aber die Wirtschaft, erwarten, daß das Finanz- und Wirtschaftsprogramm in kürzester Frist Gesetz werde. Ein gewisser Zug der Reformation und Mäßigkeit, der durch unsere Wirtschaft geht, muß befestigt werden. Wir haben die feste Zuversicht, daß es bei Anspannung aller Kräfte Deutschland gelingen wird, den Anschluß an die weltwirtschaftliche Umstellung zu finden und daß Deutschland dabei weniger leiden wird, als andere Länder. Der Streit bei den kommenden Verhandlungen wird im Reichsrat gehen um die 100 Millionen Kürzung an den Länderüberweisungen, um das Bauprogramm der Reichsregierung, um die Senkung der Realsteuern und um den endgültigen Finanzausgleich, den wir in Form eines Rahmengesetzes Ende dieser Woche Ihnen vortragen werden.

Unbedingt notwendig ist rücksichtslose Sparmaßnahme auf allen Gebieten, denn mit weiteren Steuererhöhungen können wir den Finanzbedarf nicht mehr decken. Auch in der Tabakbesteuerung haben wir das Optimum erreicht. Die einseitige Steuer, die noch erhöht werden könnte, wäre die Umsatzsteuer, aber eine solche Erhöhung wäre unvereinbar mit unserer Preisentkennungspolitik. Zur Kürzung der Beamtengehälter müßten wir greifen, weil einfach ein anderer Weg nicht vorhanden war.

Nach einiger Zeit wird man erkennen, daß durch diese Maßnahmen die Reichsregierung dem Berufsbeamtenstand keinen Schaden, sondern einen vollen Dienst erwiesen hat. Wir müssen an den Reichsrat die Bitte richten, innerhalb 14 Tagen die Gesamtheit dieser Gesetze zur Verabschiedung zu bringen. Das ist gewiss eine außerordentlich schwierige Arbeit, aber sie ist notwendig zur Wiederherstellung der öffentlichen Atmosphäre in Deutschland und zur Ankerbelegung der Wirtschaft, die die Voraussetzung ist für eine Preisentkennung und für eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Wir haben uns damit beschäftigt, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann, aber die Reichsregierung lehnt es ab, in dieser Stunde Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, weil Voraussetzung die Beschaffung von Kapital und Kredit ist. Das wird nur möglich sein, wenn es gelingt, vorher in kürzester Frist dieses Gesetzgebungswerk zu erledigen.

Der Haushaltsplan, wie er Ihnen jetzt vorliegt, weist in Einnahmen und Ausgaben insgesamt eine Summe von 10 655 000 000

## Starhemberg sucht Waffen

### Einseitige Hausdurchsuchungsaktion des faschistischen österreichischen Innenministers gegen die Sozialdemokratie

Wien, 4. Nov. (Ein. Draht.) Die bereits am Montag vorausgesehenen Hausdurchsuchungen in sozialdemokratischen Lokalen haben am Dienstag in ganz Österreich in Parteizentralen, Arbeiterheimen, Konsumvereinen usw. mit einem Kienaufbruch von Polizei, Gendarmen und Militär, das mit Maschinengewehren und spanischen Keitern aufmarschiert war, stattgefunden.

Um 1/10 Uhr vormittags erschien im sozialdemokratischen Parteihaus in Wien ein hartes Polizeiaufgebot und wies dem Obmann des republikanischen Schutzbundes, dem Genossen Hein, einen Polizeiauftrag zur Durchführung des Beschlusses vor. Der Auftrag war nicht, wie das Gesetz vorschreibt, vom Gericht ausgestellt. Genosse Hein protestierte infolgedessen gegen diese gesetzwidrige Hausdurchsuchung. Da aber der Polizeibeamte darauf bestand, wurde ihm freigegeben, die Hausdurchsuchung vorzunehmen. Es wurde nun das ganze Parteihaus vom Keller bis zum Boden durchsucht. Im Keller wurden auch Wägen durchsucht und Kreimelbeute trotz der Vorkehrungen, die man sich zu überlegen, daß in den Wägen nichts verborgen ist. Die Aktion im Parteihaus dauerte bis gegen 1 Uhr. Um diese Zeit zog die Polizei ab, ohne auch nur die Spur einer Waffe gefunden zu haben. In gleicher Zeit erschienen mehrere Polizeiaufgebote auch in den Arbeiterheimen der einzelnen Wiener Bezirke und in einer ganzen Reihe Parteizentralen, wo überall die Parteizentralen, Schreibtische und die ganzen Häuser durchsucht wurden, ohne daß auch nur irgendwo eine Waffe gefunden worden wäre.

In Wiener Neustadt befinden sich seit der Bürgerkriegszeit in der Wohnraum der Gemeindeverwaltung im Rathaus eine größere Anzahl von Waffen, die unter gemeinsamen Beschluß der Vertrauensmänner der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen standen. Als am Dienstag früh Gendarmen und Staatspolizei erschienen und die Auslieferung der Waffen verlangten, erklärte der sozialdemokratische Bürgermeister Dienbold, daß er ohne Auftrag der Landesregierung die Waffen nicht ausliefern könne. Er verlangte, daß der christlichsozialer Landeshaupmann Buresch gefragt werde. Der Kommandant der Gendarmen erklärte aber, er habe einen höheren Auftrag als von der Landesregierung. Nun wurde das Lokal gemächlich aufgeschlossen und natürlich nur die Waffen gefunden, von denen sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung wußten. Während dieser Amtshandlung im Rathaus in Wiener Neustadt war in der ganzen Stadt Militär aufmarschiert. Maschinengewehre waren von dem Rathaus aufgestellt, die Telefonzentrale war von der Bundespolizei besetzt und alle Geschosse aus dem Rathaus wurden überwatcht. Ähnlich ging es in St. Pölten zu, wo sogar das Kinderfreundheim nach Waffen durch-

sucht wurde, allerdings vergeblich. Dort wurde sogar im Garten nach Waffen gesucht. Einmal beim Arbeiterklubverein wurden einige Sandwaffen, die dem Verein erlaubt sind, gefunden. Aus ganz Österreich werden ähnliche Amtshandlungen gemeldet.

In Wien wurde das sozialdemokratische Parteihaus und einige Hotellokale, in denen Sozialdemokraten verkehren, besetzt und die Straßen von Militär abgesperrt.

In der Provinz wurde überall mit riesigen Militäraufgeboten, mit Maschinengewehren und Gendarmen die Durchsuchung vorgenommen.

Am stärksten trieb man es in Steiermark. In Graz wurden schon am Montag abend riesige Mengen Gendarmen zusammengezogen. Nun wurde am Dienstag, am 6. Uhr morgens, das Parteihaus und das Lokal des Schutzbundes von Militär besetzt, die Schreibtische durchsucht, aber nichts gefunden. In Brud wurde die Wohnung des Landtagsabg. Wallisch von der Polizei besetzt und Wallisch gehindert, die Wohnung zu verlassen. Ähnlich war es in Leoben, wo in das Gebäude der Arbeiterkammer, der Arbeiterbücherei usw. eingedrungen wurde und sogar die Fußböden aufgerissen wurden, ohne daß man irgend etwas fand. In Innsbruck wurde ebenfalls das Parteihaus, die Arbeiterbücherei und die Redaktion der sozialdemokratischen Volkszeitung von Gendarmen durchsucht. Es wurden einige Gewehre gefunden, die nach den Erklärungen des Tiroler Landeshauptmanns unter die von der Bundesregierung anerkannte Tiroler Waffenfreibeit fallen. Die ganze riesige Aktion hat mit einer ungeheuren Blamose geendet. Auch die bürgerlichen Wähler stellen die Erfolge dieser Aktion fest.

Die Neue Freie Presse, die durchaus nicht sozialistenfreundlich ist, erklärt, daß in Wien wenigstens der ganze Vorstoß ein absoluter Mißerfolg war und daß es sich um eine einseitige Entwaffnungsaktion handelte, die vollkommen im Widerspruch zu einer wirklichen Entwaffnung beider Teile stehe. Es müsse auch der ernsteste Zweifel an der Gelmäßigkeit der gesamten Aktion geübt werden.

Am Dienstag nachmittag ist der Wiener Landtag zusammengetreten, in dem die Sozialdemokraten zunächst eine Reihe konsensierter Artikel der Arbeiterzeitung und anderer Blätter durch Verlesung immunisierten. Darauf wurde eine Anfrage an den Bürgermeister eingebracht, die sich gegen die Umgehung des Aufmarschverbotes durch die Heimwehren und die Ungefährlichkeit und Verfassungswidrigkeit der heutigen Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl wandte. Eine dritte Interpellation erörtert einen neuerlichen Waffenbeschuss des derzeitigen Innenministers und Heimwehrführers Starhembergs.

Markt auf. Diese Summe ist gegenüber dem endgültigen Etat des Jahres 1930, wie er auf Grund der Notverordnung vom Juli aufgestellt war, um 1.140.000.000 M. gesenkt.

Zunächst haben wir das Haupt- und Kernproblem erledigt, indem zunächst die Arbeitslosenversicherung abgeändert wurde, bis auf einen Betrag von 420 Millionen Mark für die Krisenfürsorge. Dadurch ist gegenüber den Anlässen 1930 auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung eine Minderausgabe von 267 Millionen entstanden.

Die Gehaltskürzung bedeutet für das Reich einschließlich der Post eine Ersparnis von 124 Millionen Mark. Bei den Ländern und Gemeinden sind die Ersparnisse aus der Gehaltskürzung auf 270 Millionen geschätzt, davon sollen 170 Millionen den Ländern und Gemeinden verbleiben, während 100 Millionen an den Ueberweisungen gekürzt werden sollen.

Die Gehaltskürzung bedeutet für das Reich einschließlich der Post eine Ersparnis von 124 Millionen Mark. Bei den Ländern und Gemeinden sind die Ersparnisse aus der Gehaltskürzung auf 270 Millionen geschätzt, davon sollen 170 Millionen den Ländern und Gemeinden verbleiben, während 100 Millionen an den Ueberweisungen gekürzt werden sollen.

Diejenige Regelung sieht vor, daß die Länder berechtigt und verpflichtet sind, die Bezüge ihrer Beamten im Ausmaße des Reiches zu kürzen, und zwar auch im Verordnungswege. Das gleiche gilt für die Gemeinden mit der Maßgabe, daß die Länder berechtigt sind, die Kürzung für die Beamten der Gemeinden mit unmittelbarer Wirkung und endgültig im Verordnungswege anzuordnen. Wenn die Gemeinden die vorgesehene Kürzung nicht bis zum 1. März 1931 von sich aus angeordnet haben, sind die Länder verpflichtet, diese Kürzung mit Wirkung vom 1. April 1931 ab von sich aus rechtskräftig anzuordnen.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärt: Die Öffentlichkeit beschäftigt sich mit der Beschäftigung der Arbeitslosenversicherung. Die Abhängigmachung der Versicherung vom Etat ist an sich richtig. Streitig ist nur die Summe, die dafür einstellt werden soll. Wir rechnen damit, daß im nächsten Jahre 900.000 Menschen unter die Krisenfürsorge fallen und daß die Wohlfahrtsunterstützung am 1. April 1931 etwa 700.000 bis 800.000 Erwerbslosen aussteuern werden. Ferner rechnen wir mit 14 Millionen Hauptunterstützungsempfängern. Wenn die Sanierungspolitik der Reichsregierung überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß im nächsten Jahre mit einer Verminderung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Wird der Beitragssatz von 6 1/2 Prozent beibehalten, dann müßten wir im nächsten Jahr mit den Mitteln sicher ausreichen.

### Die Stellung des Reichsrats

Berlin, 4. Nov. In der Sitzung des Reichsrates wurde nach den Reden des Reichsanstalters, des Reichsfinanzministers und des Reichsarbeitsministers zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung die Öffentlichkeit wieder aufgehoben. In der anschließenden nicht öffentlichen Sitzung begann die Generaldiskussion über die vorgeschlagenen Gesetzentwürfe. Es traten die Ministerpräsidenten fast aller deutschen Länder. In der Aussprache kam der einmütige Wille zum Ausdruck, an dem großen Reformwerk mitzuwirken, wenn auch in Einzelheiten noch Bedenken vorbracht wurden.

### Schlichtungsstelle für Berliner Metallkonflikt gebildet

Die in der Berliner Metallindustrie zur endgültigen Regelung der Löhne von den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle ist nunmehr gebildet worden. Unter dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, dessen Bestellung der Öffentlichkeit bereits bekannt ist, hat der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit beiden Parteien den Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg und den Professor Dr. Singheim in Frankfurt am Main zu Mitgliedern der Schlichtungsstelle ernannt. Die Gewannanten haben die Berufung angenommen. Die Schlichtungsstelle wird die Verhandlungen unter Vorsitz des Ministers a. D. Dr. Brauns am Freitag aufnehmen.

Das Schiedsgericht ist so zusammengesetzt worden, daß Dr. Brauns als der neutrale Vorsitzende tritt, während Prof. Singheim der Arbeitgeberseite und Dr. Jarres der Arbeitnehmerseite nahesteht.

### Grzesinski, Polizeipräsident von Berlin

Die amtliche preussische Pressestelle meldet: Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Staatsminister a. D. Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Der bisherige Polizeipräsident in Berlin, Zörgel, ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

### Die amerikanischen Kongreßwahlen

Ein Wahlerfolg der Demokraten vermutet  
New York, 4. Nov. (Ein. Draht). Die Wahlerwartungen sind nach der außerordentlich konklusiven und durch die Prohibitionsfragen maßgebend beeinflussten Wahlkampagne aufs äußerste gestiegen. Man rechnet allgemein mit einer grundlegenden Veränderung der politischen Machtverteilung, d. h. mit einem Erfolg der Demokraten. Die heute erfolgte Wahl wird nach allgemeiner Auffassung unzweifelhaft der wachsenden Unpopularität Hoover's und seines Regimes und damit interessante Ausschlüsse für die Präsidentenwahl, die 1932 stattfinden, geben.

### Teilurteil im Phosgenprozeß

Hamburg, 4. Nov. In dem sogenannten Phosgenprozeß Ellerbrod und Genossen gegen den Hamburger Staat hat heute die Zivilkammer ein Teilurteil gefällt, nach dem dem ersten Teil der Kläger der geforderte Schadenersatz für die ihnen aus der Phosgenkatastrophe vom 20. Mai 1928 erwachsenen Schäden zugesprochen wird. Die Kostenfrage wird durch ein Endurteil geregelt werden.

### Wieviel kostet Englands Schulpflichterweiterung?

Die Kosten für die von der englischen Arbeiterregierung beabsichtigte Erhöhung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 15 Jahre werden, einschließlich der Unterstützungsleistungen für die minderbemittelten Eltern, für das Jahr 1932/33 auf 3 1/2 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Da die Zahl der unter das Gesez fallenden Kinder wächst, steigen die Kosten. Für das Jahr 1934/35 werden sie auf rund 5,3 Millionen Pfund geschätzt.

### Österreichs Ausweisungsbefehl gegen Major Babst aufgehoben

Der österreichische Innenminister Starobinski hat die Ausweisung des Majors Babst aufgehoben, da die gegen ihn erlassene Strafverfügung vom Staatsanwalt zurückgezogen worden sei. Man feiert, daß der österreichische Faschismus rücksichtslos seine Macht durchsetzen verliert — bis ihm eines Tages vom Volk selbst ein Halt gesetzt wird.

# Freistaat Baden

## Wie stehts mit der Berücksichtigung Badens bei Reichsaufträgen?

Eine Deutschrüst, die uns vor entsprechende Aufgaben stellt. Bekanntlich sind schon in früheren Zeiten Klagen darüber aufgeworfen worden, daß namentlich die süddeutschen Länder bei der Vergabe von Reichsaufträgen nicht die genügende Berücksichtigung finden. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt dem Reichstag eine umfangreiche Deutschrüst über die im Rechnungsjahr 1929 vergebenen Reichs- und Landesaufträge vorgelegt.

Nach der Statistik hat das Reich im Rechnungsjahr 1929 (April 1929 bis 31. März 1930) Aufträge im Gesamtwert von 1.088.697.806 Mark vergeben. An dieser Summe sind die einzelnen Vertragsstellen des Reiches in folgendem Umfange beteiligt:

Reichsfinanzministerium	13.346.649 M.
Reichswirtschaftsministerium	39.938.845 „
Reichspostministerium	186.626.375 „
davon Reichspostzentralamt	73.833.000 „
Reichswehrministerium	55.633.475 „
Reichsbahn	789.500.636 „
davon Reichsbahnzentralamt	450.765.000 „
Sonstige Reichsministerien	3.636.826 „

Im gleichen Zeitraum haben die Länder Aufträge im Gesamtwert von 63.599.985 M. vergeben. An der Spitze steht Preußen mit 27.009.974 M., dann folgen Sachsen mit 11.088.186 M., Bayern mit 6.801.371 M. An vierter Stelle steht Baden mit 6.552.317 M.

Die räumliche Verteilung der Aufträge auf die Landesarbeitsamtsbezirke wurde erst seit dem 1. Juli 1929 ermittelt. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1929 bis 31. März 1930 haben die oben angeführten Reichsstellen an den Landesarbeitsamtsbezirk Südbadensland Aufträge im Höhe von 30.771.000 M. vergeben, davon entfallen auf Baden 21.126.000 M. Nach Bayern folgen die Aufträge im Höhe von 48.053.000 M. Verbleibt man damit die Beträge der nach Preußen gefallenen Aufträge (Rheinland 248.308.000 M., Brandenburg 175.066.000 M., Schlesien 82.582.000 M., Westfalen 70.767.000 M.), so kann man nicht sagen, daß die süddeutschen Länder etwa ähnlich abblenden.

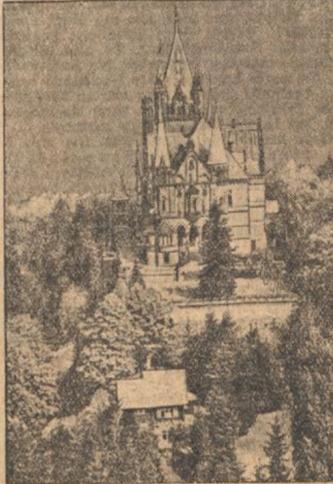
Ein ähnliches Bild zeigt die Statistik der in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis 31. März 1930 vergebenen und empfangenen Reichs- und Landesaufträge in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken. An Landesaufträgen wurden in Baden vergeben 3.955.000 M., empfangen 24.863.000 M. Auch hier schneiden die norddeutschen Bezirke wesentlich besser ab.

Interessant ist auch die Statistik der in dem Berichtszeitraum vergebenen und empfangenen Reichs- und Landesaufträge nach den einzelnen Gewerbezweigen. Auf den Bergbau entfallen 5.854.000 M. (empfangen), auf die Industrie der Steine und Erden 1.658.000 M. (empfangen) bzw. 1.875.000 M. (empfangen), auf Eisen und Stahl 1.942.000 bzw. 3.006. Auf sonstige Metalle 190.000 (empfangen), Herstellung von Metallwaren 492.000 bzw. 359.000, Maschinen, Apparate, Bohrgeräte 1.617.000 bzw. 7.752.000, elektrische Maschinen und Apparate (Starkstrom) 123.000 bzw. 393.000, elektrische Maschinen und Apparate (Schwachstrom) 540.000 bzw. 652.000, Kabel und Leitungsmaterialien 24.000 bzw. 1.525.000, chemische Industrie 645.000 bzw. 1.075.000, Textilindustrie 1.177.000 (empfangen), Verleumdungsindustrie 65.000, Lederindustrie 26.000 (empfangen), Kaufschuf und Möbelindustrie 78.000 bzw. 65.000, Holz- und Schnitzwarenindustrie 89.000 bzw. 727.000, Flecht-, Ocht- und Gemüselieferanten 400 (empfangen), Flechtwarenindustrie 35.000 (empfangen), 3.086.000. Auffallend ist, daß auf dem Gebiet der feineisenhaltigen und optischen Industrie nicht für einen Pfennig Aufträge nach Baden geflossen sind, obwohl das Land gerade auf diesem Gebiete eine Anzahl sehr leistungsfähiger Unternehmen besitzt. Auch in der Gruppe Papier und Kartongegenstände sind Baden ohne jeden Reichsauftrag geblieben. Außerordentlich bescheiden ist der Anteil an der Gruppe Ocht und Gemüselieferanten.

Die vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Statistik erfüllt ihre Aufgabe nur teilweise. Es wird in dem Berichtzeitraum selber angegeben, daß die Orte der Auftragsausführung statistisch nicht erfasst sind. Das wäre aber von großer Bedeutung für die Gewinnung eines genaueren Bildes. Ebenso fehlt die Gliederung der Aufträge ihrer Art nach und die genauere Angabe der für Behördenaufträge in Betracht kommenden speziellen Gewerbezweige. Das Arbeitsministerium sagt, eine solche lasse sich vorläufig nicht durchführen. Innerhalb gibt die Statistik wertvolle Aufschlüsse.

Man sieht, daß von Reichsaufträgen in Gesamthöhe von 794.415.000 M. der weitestgehende Anteil, nämlich in Höhe von 679.459.000 M. nach Norddeutschland fallen, während den süddeutschen Ländern nur solche im Gesamtbetrag von 114.956.000 M. zufließen. Die Forderung nach besserer Berücksichtigung des Südens ist daher wohl begründet.

Es muß Aufgabe des badischen Landes und seiner Vertretungen sein, hier mit aller Energie eine stärkere Berücksichtigung der Interessen seiner Bevölkerung durchzusetzen. Baden hat ohnehin als Grenzland vielerlei Schwierigkeiten, so daß es eine weitere Hintanhaltung nicht vertragen kann. Es muß daher mit den Berliner Zentralinstanzen des Reiches hier ein erstes Wort gesprochen werden. Sowohl die wirtschaftliche wie die soziale Lage unseres Landes machen dies zur dringenden Aufgabe.



Die historische Drahsenburg am Drahsentel bei Königswinter soll zur Schule ausgebaut werden.

## Wirtschaftsaufstieg und Irreführung des Bürgertums

Eine Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers gegen die gefährlichen nationalsozialistischen Phantasieereien

Vor ein paar Jahren hatte Karlruhe Gelegenheit, den damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers, der inzwischen zum Reichspräsidenten ernannt worden ist, zu hören. Bei dem Einbruch verlor er, den der heutige Reichsbankpräsident Luthers im Kreise der Zuhörer machte, konnte bezeugen, daß er besitzt die bürgerlichen Kreise von der Verwirrung, die Luthers waren, der ihnen recht als ein Vertreter bürgerlicher Interessen erschien. Das Bürgertum hat, auch nach anderer Auffassung, Herrn Dr. Luthers recht beurteilt. Auch wir hatten aus den Ausführungen Dr. Luthers, der in den Vorberand seiner Reden führungen die auch heute noch äußerst akute Reichsreform, die die Ueberzeugung gewonnen, daß Dr. Luthers nichts anderes als sein will als ein Vertreter des deutschen Bürgertums, der mit seiner ganzen Persönlichkeit sich für dessen Interessen einsetzt. In diesem Gesichtspunkt heraus ist es nun interessant, zu vernehmen wie sich Herr Dr. Luthers, der inzwischen zu der verantwortungsvollen Stelle des Leiters der Deutschen Reichsbank emporgerückt ist, zur jetzigen Lage der Wirtschaft und den Möglichkeiten aus der Krise herauszukommen, stellt. In seiner Rede zur Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes in Dresden hat nun Dr. Luthers über einige Anhebungen gemacht, die vor allem nach der politischen Seite hin bemerkenswert sind. Herr Dr. Luthers ist nicht ein Mann; er ist der Mann des Bürgertums; umso beachtenswerter ist es jedoch, daß er, der Mann des Bürgertums, mit aller Schiedenheit in den Vorberand seiner Darlegungen eine klare Ablehnung der nationalsozialistischen Wirtschaftspläne stellt. Die Wirtschaftspläne jener Partei, denen viele Kreise des deutschen Bürgertums infolge dauernder Verberung aus mifiverständenen Interessen heraus nachschauen. Herr Dr. Luthers erklärt nämlich:

Von überall her erhebt der Schrei nach Arbeit; die Arbeitslosenfrage in ihren verschiedenen Formen, deren Zahl vor der Gesamtheit des Volkes getragen werden muß und daher nicht bleiben muß, kann nur Hilfsmittel sein, aber keine wirtschaftliche Hilfe schaffen. Daneben erheben die Notleidenden der Landwirtschaft und der Gewerbetreibenden, aus diesen und anderen Gründen materiell und geistlich Not ist es begründet, daß die nationalsozialistischen Pläne aufzugeben, die durch Umformung des Geistes des bisherigen menschlichen Zusammenlebens das Schicksal zu wenden versuchen. Erfolge werden auf diesem Wege nicht zu beschreiben sein. Nur die Verwirrung nimmt zu, und manche Menschen, die beim Wiederaufbau nützliche Arbeit leisten könnten, wird von der Wirtschaft und den Möglichkeiten, die dem deutschen Volke auch heute noch bieten, abgelenkt. Es ist ein Volk wie das deutsche muß besonders sorgfältig darauf achten, daß es bei seinem Tadel und Vorwürfen nicht in eine häßliche Ungehebel die Fühlung mit der Wirtschaft und unabhängigen Geistes des Wirtschaftslebens verliert. Wir müssen bereit sein, in mühsamer Arbeit Stein an Stein zu bauen, damit das deutsche Staats- und Wirtschaftsgebäude wieder wohnlich wird für die Gesamtheit unseres Volkes.

Schärfer und prägnanter als mit diesen Worten kann die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten von einem erfahrenen Wirtschaftsmann kaum wiederholt werden als es hier von Luthers geschieht. Ueber die Vurangerung der nationalsozialistischen Phantasiepolitik hinausgehend, hielt es der Reichsbankpräsident Dr. Luthers jedoch gleichfalls für notwendig, darauf hinzuwirken, daß auch die außenpolitischen Resente der Nationalsozialisten nicht in Unklarheit stürzen können. Denn wenn wir wirtschaftlich der hochkommen wollen, so brauchen wir erst recht das Ausland wie Dr. Luthers feststellt, indem er folgende Erklärung über die Möglichkeiten der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft abgibt:

Wir sollen nicht vergessen, daß wir ein Volk unter Völkern sind. Wir haben mitzuarbeiten und wollen mitarbeiten einer besseren Weltordnung, die von Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Erneuerung und sozialem Wohlstand beherrscht wird. Deutschland einen tragbaren Kapitalismus zu gewinnen, ist ein Ziel, das die Kapitalbildung im Ausland an, sondern ebenso darauf, daß das Kapital über die Erde hin richtig verteilt und nicht an einzelnen Stellen aufgepöppelt wird. Und weiter: Deutschland am seiner selbst willen und zur Erläuterung seiner Reparationsverpflichtungen, wie kein anderer befreit, die baldigen und erheblichen Steigerung seiner Ausfuhr bedarf, so hängt seine Leistungsfähigkeit davon ab, daß die Weltmärkte nicht verpöppelt oder eingeengt werden, sondern sich dem natürlichen Wettbewerb öffnen.

Nach Bereinigung von Verträgen und Zertrümmerung der Deutschland umgebenden Welt sieht das Respekt, das Dr. Luthers dem deutschen Volke vorhält, nicht gerade aus. Es reicht auch nach Katastrophenspolitik, sondern es verläßt unter Hinweis auf eine notwendige Reichsreform und auf die Bedeutung unseres nationalen und wirtschaftlichen Wohlstandes dem deutschen Volke Mahnungen zu machen gegenüber den nationalsozialistischen Instanzpolitikern, die nur in einem Zusammenbruch aufstrebende Möglichkeiten — natürlich für die Nationalsozialistische Partei — sehen. Mit Recht rief Reichsbankpräsident Dr. Luthers, der sich sagen möchte, zu: „So habi doch Mut!“ — ein Ruf, der sich allem an jene Kreise des deutschen Bürgertums wendet, die mit aller Kraft am Aufbau der deutschen Wirtschaft zu arbeiten, sich an der Katastrophenspolitik der Nationalsozialisten weiden. Das deutsche Bürgertum, das sonst so gern von „Kammern“ spricht, sich diese Mahnung des Leiters der Deutschen Reichsbank gebührt, zu Gemüte führt, und auf Grund dieses jahreslangen Urteils endlich davon abläßt, nationalsozialistischen Schandakten die Wirtschaft dauernd ein Buch mit sieben Siegeln zu weihen, ins Garn zu geben? Man sollte meinen, daß es nunmehr auch in jenen Kreisen dämmern sollte und sie erkennen würden, daß Wirtschaft nicht durch Schreien an Stammisch zur Belebung kommt, sondern durch den ersten Willen eines Volkes in Ruhe und Ordnung über alle Tümpel hinweg am Aufstieg mitzuarbeiten.

### Baden im Reichsetat für 1931

Der Etat des Reichsfinanzministeriums für 1931 weist ein einmaligen Ausgaben auf: Vergütung an die Stadt Rastatt für die Errichtung eines Beamtenwohnhauses im Wert 46.000 M. Im Etat des Reichswehrministeriums findet sich unter dem einmaligen Ausgaben: Beiträge des Reichs für den Bau der Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Maxau 5. Teilbetrag 1 Million Mark oder um 500.000 Mark mehr als im Vorjahr. Im außerordentlichen Etat des Reichswehrministeriums werden als 2. Teilbetrag für die Reaktivierung des Rheins zwischen Maxau und Rhein 2.000.000 Mark oder um 200.000 Mark mehr als im Vorjahr ausgeworfen.

### Die Trauerfeier für Prälat Dr. Schofer

Die Herbstlichen Leberreste des badischen Zentrumslührers Prälat Dr. Schofer wurden Dienstag nachmittags auf dem südlichen Friedhof in Freiburg neben dem Grab seines Vorgängers, des badischen Zentrumslührers Dr. Wader, zur letzten Ruhe bestattet. Unter der nach Tausenden zählenden Trauergemeinde beehrte man Reichsinnenminister Dr. Brüch als Vertreter der Reichsregierung, das gesamte badische Staatsministerium mit dem badischen Landtagspräsidenten Dr. Schmitt, Vertreter sämtlicher Fraktionen des badischen Landtages und zahlreiche Zentrumsglieder des Reichstages. Bei den kirchlichen Zeremonien amtierte Erzbischof Carl Frick, der in längerer Gedächtnisrede die großen Verdienste des Verstorbenen um die Kirche und das kirchliche Leben wür-

digend hervorhob. Prälat Dr. Schmitt feierte den Heimgegangenen als einen Mann, der in seinem Leben die besten Kräfte seines Landes zu fördern und zu entwickeln suchte. Seine Verdienste seien nicht nur in der Kirche, sondern auch in der Welt zu danken. Die Reichsregierung und der Reichstag seien ihm zu Dank verpflichtet. Die Reichsregierung und der Reichstag seien ihm zu Dank verpflichtet. Die Reichsregierung und der Reichstag seien ihm zu Dank verpflichtet.

### Ein Zweig auf ein Grab

Von Prof. Dr. Gustav Radbruch-Heidelberg

Der Divisionsgeistliche der 8. Landwehrdivision, der ich im Laufe meiner Tätigkeit kennen lernte, war ein nicht gewöhnlicher Mann. Er verstand die badische Landwehr. Er kam von ihm aus der Kirche, aber er war nicht ein gewöhnlicher Geistlicher. Er verstand die badische Landwehr. Er kam von ihm aus der Kirche, aber er war nicht ein gewöhnlicher Geistlicher. Er verstand die badische Landwehr. Er kam von ihm aus der Kirche, aber er war nicht ein gewöhnlicher Geistlicher.

### Schofers Nachfolger im Badischen Landtag

Moskau, 4. Nov. Anstelle des verstorbenen Prälaten Schofer hat der badische Landtag Dr. Schwarz als Nachfolger in den badischen Landtag einzusetzen.

### Der Fall Franzen vor dem Braunschweiger Landtag

Ein jamaiker Naziminister

Braunschweig, 4. Nov. (Via Draht.) In der Diensttagung des braunschweigischen Landtages wurde die sozialdemokratische Große Versammlung über den Fall Franzen behandelt. Die sozialdemokratische Große Versammlung über den Fall Franzen behandelt. Die sozialdemokratische Große Versammlung über den Fall Franzen behandelt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Franzen das Wort. Er erklärte, er persönlich habe das größte Interesse, daß alle tatsächlichen Feststellungen zur Klärung der Angelegenheit getroffen werden könnten. Er habe gehört, daß das Berliner Polizeipräsidium die persönliche Anwesenheit des Polizeimajors Heinrich und der anderen Polizeibeamten gestattete hätte. Dadurch sei eine Gewähr gegeben, daß alle Dinge geklärt werden könnten.

Die Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gaben eine Erklärung ab, wonach sie nicht in ein schwebendes Verfahren einträte.

Immer weißer Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnärztliche Zahnklinik betreiben. Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnseife. G. C. Chuboba, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnseife, Tube 60 Pf. und 1 Mk. und weiße jeden Erfolg dafür. !Sortierpreis!

# Aus aller Welt

Abflug der Do X für Mittwoch vormittag geplant  
Friedrichshafen, 4. Nov. Wie wir erfahren, ist nunmehr damit zu rechnen, daß die Do X morgen vormittag seinen Flug nach Amblecham antizipiert. Die Weiterverbindungen laufen übereinstimmend dahin, daß die Möglichkeit besteht, zwischen zwei Tiefs hindurchzuführen. Daraufhin hat die Leitung der Donnerwerke sich entschlossen, den Start morgen vormittag vorzunehmen.

Proteststreik der Dresdener Gaststätten gegen Getränkesteuer  
Dresden, 4. Nov. Aufgrund der Notverordnung ist in Dresden eine 10prozentige Getränkesteuer eingeführt worden, die von 1. November in sämtlichen Gastwirtschaften auf alle Getränke, außer Bier, erhoben wird. Gegen diese Steuer haben die Dresdener Gastwirte beim Stadtrat Einspruch erhoben, der aber erfolglos geblieben ist. Daraufhin wurde, wie das Berliner Tageblatt berichtet, heute beschlossen, zum Zeichen des Protests am Donnerstag sämtliche Dresdener Gaststätten geschlossen zu halten.

Hochwasserwelle der Oder  
Kiel, 4. Nov. Die Hochwasserwelle der Oder ist seit heute erheblich gemindert. Der Wasserstand betrug vormittags 10 Uhr 5,21 Meter. Die Dämme bei Rujer und Moditz sind teilweise einzunken.

Das Urteil im Prozeß gegen Weihenberg  
Dresden, 4. Nov. Das Gericht verurteilte den Propheten Weihenberg wegen seiner Heilbehandlung, die in zwei Fällen zum Tode führte, zu 6 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Gefängnis beantragt.



Der Krieg der Zukunft — ein Kampf der Maschinen

Englischer Riesentank durchbricht eine Mauer  
London, 4. Nov. In der britischen Reichsversammlung in London teilnehmenden Premierministern und Delegierten der englischen Dominions fanden in Adersdorf große Kriegsmärsche statt, die die neuesten „Vorrichtungen“ der englischen Kriegstechnik zeigten.

Fremdenlegionwerber  
Frankfurt a. M., 4. Nov. (Via Draht.) In der pfälzischen Grenze konnten dort in Zivil aufgestellte Sicherheitspolizei mehrere junge Männer festnehmen, die um dem Arbeitslosenseind in Deutschland zu entgehen, sich von der Fremdenlegion in Frankreich anwerben lassen wollten. Sie wurden wegen Passverstoßens dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Betriebskontrolle in einer Karstadt-Filiale  
Braunschweig, 4. Nov. Bei einer Betriebskontrolle in der Fleischwarenabteilung Strud der Karstadt-Filiale in Glesmarode wurden durch die Sachverständigen Fleisch und Wurstwaren im Gesamtgewicht von 48 bis 50 Zentnern beanstandet und beschlagnahmt. Weiter 50 Zentner beschlagnahmte Schmalz lagern noch in der Fabrik.

Das Befinden der erkrankten Säuglinge in Lübeck  
In einer Pressebesprechung in Lübeck wurden nähere Einzelheiten über das Befinden der mit dem Colmette-Präparat gefütterten und erkrankten Säuglinge gegeben, die wie erklärt wurde, erzielungswise eine allgemeine Besserung erkennen lassen. Bemerkenswert ist, daß seit Mitte September keine Todesfälle mehr zu verzeichnen gewesen sind.

Protest der jüdischen Verbände Babels  
Auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Vereine Babels fand im Kasino Babels eine Versammlung statt, in der eine Resolution angenommen wurde, in der gegen das neue

Der nationalsozialistische Abgeordnete Schneider, der mit seiner Stimme die Entscheidung gibt für die Rechtsregierung in Braunschweig, bedauert außerordentlich, daß Franzen nicht so viel Tat beweisen habe, sein Amt solange das Verfahren nicht abgeschlossen sei, zur Verfügung zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Franzen das Wort. Er erklärte, er persönlich habe das größte Interesse, daß alle tatsächlichen Feststellungen zur Klärung der Angelegenheit getroffen werden könnten. Er habe gehört, daß das Berliner Polizeipräsidium die persönliche Anwesenheit des Polizeimajors Heinrich und der anderen Polizeibeamten gestattete hätte. Dadurch sei eine Gewähr gegeben, daß alle Dinge geklärt werden könnten.

Die Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gaben eine Erklärung ab, wonach sie nicht in ein schwebendes Verfahren einträte.

Immer weißer Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnärztliche Zahnklinik betreiben. Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnseife. G. C. Chuboba, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnseife, Tube 60 Pf. und 1 Mk. und weiße jeden Erfolg dafür. !Sortierpreis!

englische Weiskuh, das die Prinzipien der künftigen Palästinaarbeit festlege und auf ungerochter Kritik der jüdischen Aufbauarbeit in Palästina beruhe und mit den Versprechungen Großbritanniens sowie mit dem Wortlaut und Geist des Palästina-Mandats in trassendem Widerspruch stünde, feierlich protestiert wird.

Bom Grabkreuz erschlagen  
Während zwei junge Mädchen aus Rheinhausen bei Regensburg auf dem dortigen Friedhof das Grab einer Verwandten besuchten, stürzte das große Grabkreuz um und begrub die beiden Mädchen unter sich. Die eine der Unglücklichen verstarb auf der Stelle, die andere wurde schwer verletzt.

Sachverständige misstrauen Gertrud Frenzel!  
In der weiteren Verhandlung des Frenzel-Prozesses wurden die drei sachverständigen Sachverständigen vernommen, die bereits während des ersten Prozesses Gertrud Frenzel und ihren Vater, den Angeklagten, untersucht hatten. Die doppelte Untersuchung sollte Klarheit darüber bringen, ob auf Grund der körperlichen Beschaffenheit von Vater und Tochter die Bergamaffinungs- und Blausäurebeizung, die Gertrud Frenzel nach wie vor behauptet, möglich waren. Auch diesmal bestätigten die Sachverständigen Professoren Hammerhölzl, Krümel und Kiemann ihre früheren Gutachten. In der Sache vollkommen übereinstimmend sind die Sachverständigen zu der Auffassung gekommen, daß ein Verfehr zwischen dem Angeklagten und seiner Tochter Gertrud Frenzel nicht nur reichlich unwahrscheinlich, sondern sogar fast unmöglich sei. Als höchst unwahrscheinlich bezeichnen die Sachverständigen auch Gertruds Schilderungen, die ein Bild von den Vorgängen geben sollten. Als Staatsanwalt Stargardt durch Zwischenfragen das Gutachten Professor Kiemanns zu erschüttern veruchte, verwahrte sich dieser energig dagegen, daß man die Autorität seiner wissenschaftlichen Darlegungen in Zweifel ziehe. Wie schließlich Gertrud Frenzel selbst noch einmal herangerufen wird und an sie die Aufforderung ergeht, den konkreten Sachverhalt ihrer Beschuldigungen zu wiederholen, erklärt sie, daß sie sich überhaupt nicht mehr an Einzelheiten entsinnen könne und daß ihr alles aus dem Gedächtnis entschwunden ist.

Dänische Frauenjorgen  
In Kopenhagen konstituierte sich „Die Schutzvereinigung weiblicher Frauen in Dänemark“, ein bürgerlicher Frauenbund, der den Kampf gegen die Untreue der Ehemänner aufnehmen will. Es handelt sich um eine großangelegte Spionageorganisation der Art, daß die Frauen sich untereinander über die eventuellen Abwech ihrer Ehemänner informieren. Die Freundinnen der behilflichen Ehemänner werden gewarnt und mit öffentlichem Standa bedroht.

Eine Quantitätsche  
Dem Standesamt Berlin-Friedenau wurde ein älteres Ehepaar getraut, das zusammen nicht weniger als 482 Kinder hat. Da ist wirklich einmal der Eheginn ein Entschluß von schwerem Gewicht gewesen. Trotzdem bleibt zu hoffen, daß sich die beiden Schwermüher das Leben recht leicht machen werden.

Unwetter in Frankreich  
Im Laufe des gestrigen Tages haben Regen und Sturm in fast allen Gegenden Frankreichs angedauert. In Paris sind verheerend Schäden angerichtet worden. So haben herabgerissene Netze die Straßenbahnleitung beschädigt. Krane wurden umgeworfen und Telefonleitungen beschädigt. Auch der Wasserstand der Seine und anderer Flüsse ist wieder beträchtlich gestiegen.

In einer „Rufschale“ über den Atlantik?  
Saltax (Neuschottland), 4. Nov. Aus Michigan sind hier vier Männer eingetroffen, die in einem 10 Meter langen Motorboot über den Atlantischen Ozean nach Deutschland zu fahren beabsichtigen?

Ehemaliger italienischer Minister von Faschisten verhaftet  
Die Neue Zürcher Zeitung erzählt, daß der ehemalige italienische Minister Bartolo Bolotti auf Grund einer Weisung aus Rom von der Mailänder Polizei verhaftet wurde. Anlaß dazu soll ein von der Postzensur beschlagnahmter Brief an den früheren Ministerpräsidenten Bonomi gewesen sein, in der er offen über die Korruption in der faschistischen Partei berichtet. Außerdem soll darin der Plan der Gründung einer Zeitschrift entwickelt worden sein, an der außer Bolotti und Bonomi noch der frühere Ministerpräsident Orlando mitarbeiten soll. Bolotti soll auf fünf Jahre auf die Inseln verbannt werden.

Kältewelle in USA.  
Der Südtel von USA wird von einer Kälteperiode heimgegriffen, in Tennessee und Westvirginia gingen außerordentlich große Schneefälle nieder.

Französische Parlamentstagung  
Die Herbsttagung der französischen Kammer ist eröffnet worden. Es wurde beschlossen, gleich in die außenpolitische Debatte einzutreten.

Hamburger Senat warnt die Beamten vor Unterstützung feindlicher Parteien  
Hamburg, 4. Nov. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Beamte, die Parteien und Organisationen unterstützen oder fördern, die den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung erstreben, verleben die aus dem Beamtenverhältnis sich ergebende besondere Treuepflicht des Beamten gegenüber dem Senat und machen sich eines Dienstvergehens schuldig.

31 Stimmen Mehrheit für die englische Regierung  
London, 4. Nov. Der konservative Abänderungsantrag zur Antwortadresse auf die Thronrede wurde vom Unterhaus mit 281 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Schneider, der mit seiner Stimme die Entscheidung gibt für die Rechtsregierung in Braunschweig, bedauert außerordentlich, daß Franzen nicht so viel Tat beweisen habe, sein Amt solange das Verfahren nicht abgeschlossen sei, zur Verfügung zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Franzen das Wort. Er erklärte, er persönlich habe das größte Interesse, daß alle tatsächlichen Feststellungen zur Klärung der Angelegenheit getroffen werden könnten. Er habe gehört, daß das Berliner Polizeipräsidium die persönliche Anwesenheit des Polizeimajors Heinrich und der anderen Polizeibeamten gestattete hätte. Dadurch sei eine Gewähr gegeben, daß alle Dinge geklärt werden könnten.

Die Vertreter der bürgerlichen Einheitsliste gaben eine Erklärung ab, wonach sie nicht in ein schwebendes Verfahren einträte.

Immer weißer Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnärztliche Zahnklinik betreiben. Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnseife. G. C. Chuboba, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnseife, Tube 60 Pf. und 1 Mk. und weiße jeden Erfolg dafür. !Sortierpreis!

ten wollten, und den Gerichten Vertrauen zu einer gerechten Entscheidung entgegenbringen.

Nach lebhaften Auseinandersetzungen, in denen der sozialdemokratische Redner die wüsten persönlichen Angriffe gegen die sozialdemokratische Führung zurückwies, vertagte sich der Landtag.

## Jugend

Achtung!  
Am Samstag und Sonntag fahren wir nach Gengenbach und Bergausen. Alle diejenigen, die sich hierfür anmelden haben, treffen sich am Samstag nachmittags 4 Uhr an den schon näher bezeichneten Plätzen. Das Fahrgehd von 1.80 Mk. ist durch die Vorsitzenden der Ortsvereine bis spätestens Donnerstag, 6. November, abzuliefern. Spätere Eingänge können wir nicht berücksichtigen. Wie bekannt ist, finden in den beiden Orten Verkehrsveranstaltungen statt, bei denen wir ebenfalls mitwirken. Am Sonntag abend findet in Bergausen ein Fackelzug statt mit anschließender Veranstaltung. Am Sonntag nachmittags ist in Gengenbach dann die Herbstfeier. Wir werden dafür Sorge tragen, daß alle wieder rechtzeitig zu Hause ankommen. Quartiere sind vorhanden. Letzter Anmeldetermin ist der kommende Donnerstag. Für alle angemeldeten Genossen und Genossinnen werden Autos vorhanden sein. Die Kreisleitung.

Immer weißer Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnärztliche Zahnklinik betreiben. Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnseife. G. C. Chuboba, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnseife, Tube 60 Pf. und 1 Mk. und weiße jeden Erfolg dafür. !Sortierpreis!

Immer weißer Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnärztliche Zahnklinik betreiben. Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnseife. G. C. Chuboba, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnseife, Tube 60 Pf. und 1 Mk. und weiße jeden Erfolg dafür. !Sortierpreis!

Immer weißer Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnärztliche Zahnklinik betreiben. Wir haben immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umsonst, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Mundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnseife. G. C. Chuboba, Dr. ... Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnseife, Tube 60 Pf. und 1 Mk. und weiße jeden Erfolg dafür. !Sortierpreis!







# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

5. November, 1494 \*Volksdichter Hans Sachs. — 1605 Londoner Pulververderbörnung. — 1848 Badelana für Johann Jacob. — 1879 \*Bischof James Clerk Maxwell. — 1918 Politische Generalstreiks. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. — 1921 Kabinett Braun in Preußen.

## Großfeuer in der Oststadt

### Das Krafftische Sägewerk abgebrannt

Gestern abend gegen 10 Uhr entstand in dem Anwesen der Firma **Krafft** in der Durlacher Allee 89 (gegenüber dem Neuplatz) Feuer, das sich mit rasender Schnelligkeit über das Hobel- und Spaltwerk, sowie die bedeutenden Holzvorräte ausbreitete. Der Feuerchein am Himmel war weithin sichtbar. Der Brand konnte in 1 1/2 stündiger angestrengter Tätigkeit der Feuerwehr totalisiert werden.

Die Gebäulichkeiten, die wie das ganze Grundstück der Stadt gehören, sind bis auf einen Schuppen dem verheerenden Element zum Opfer gefallen, ebenso ein erheblicher Teil der Holzbestände. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen. Die Brandursache ist unbekannt.

## Der Polizeibericht meldet zu dem Brand:

In der Nacht zum Mittwoch gegen 9.45 Uhr bemerkte ein auf der Durlacher Allee patrouillierender Polizeibeamter einen starken Feuerchein über dem Krafftischen Sägewerk und gleich darauf starke Rauchentwicklung. Da es sich nur um einen Brand handeln konnte, meldete er vom Neuplatz aus Feuer und alarmierte den Besizer. Das Feuer, das offenbar im Maschinenhaus aus bisher unbekannter Ursache entstanden war, gewann, von dem starken Wind getrieben, schnell an Ausdehnung und legte in kurzer Zeit den ganzen Gebäudekomplex in Schutt und Asche. Die Feuerwehr kämpfte mit vier Schlauchleitungen; gegen Mitternacht konnte sie unter Zurücklassung einer Brandwache abrücken. Die Polizei, die zunächst mit dem Notruf, sodann mit größerem Aufgebot erschienen war, hatte eine vieltausendköpfige Menge zurückgehalten und hielt den Platz in weitem Umkreis abgeperrt. Die Höhe des Schadens ist noch unbekannt, doch dürfte er sich auf etliche Zehntausende belaufen.

## Bezirksratssitzung

vom 4. November 1930

In seiner Eigenschaft als Verwaltungsausschuss hatte der Bezirksrat in seiner Sitzung fünf Klagen zu erledigen. Es handelte sich auch diesmal wieder um Forderungen der Besitzfürsorgeverbände wegen Erstattung von Untersuchungskosten, die zum Teil abgewiesen oder anerkannt wurden.

An Verwaltungssachen fanden folgende Konzeptionsanträge Genehmigung: des Severin Morath hier, zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zum König von Württemberg“ in dem Hause Jähringerstraße 53, des Richard Steinmann hier zum Betrieb des Konditorei-Kaffees mit Ausschank von Likören und Süßweinen in dem Hause Bahnhofsstraße 28, der Josefina Böhm in Durlach zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur guten Quelle“, Ritterstraße 14, des Eugen Sauter hier zum Betrieb der Realgastwirtschaft „Zum Lulus“ mit Branntweinschank in dem Hause Adlerstraße 9, der Marie Steine in Welschneut zum Betrieb der Schankwirtschaft „Zur Krone“, Hauptstraße 100; der Firma August Brändle in Weingarten wurde die Befugnis zur Anleihe von Lehrlingen für den Schriftföhrer Karl Daxel verliehen; die Bekwende des Wilhelm Weinadner in Welschbach gegen eine baupolizeiliche Verfügung wurde als unbegründet zurückgewiesen; dem Meschantermeister Theodor Falner in Durlach wurde die Genehmigung zur Instandsetzung von Jagdwaffen erteilt; die Bekwende des Bräuermeisters Karl Dell hier, Welschstraße 21 wurde dahingehend entgegnet, daß ihm die Ausbildung von weißlichen Lehrlingen entzogen und den zur Zeit in Ausbildung befindlichen Lehrling bis zur Beendigung seiner Lehrzeit behalten darf; das Gesuch der Deutschen Michelin Pneumatik U. G. Karlsruhe um Errichtung einer Großkalandanlage, Vogelstraße 4, wurde befürwortend dem Ministerium des Innern überwiesen. Unter Aufhebung einer Anzahl bezirksrätlicher Verfügungen wurde das Gesuch der Firma Vogel u. Bernheimer um Erweiterung des Rechts zur Wasserentnahme aus dem Marauer Ewei und zur Einleitung von Abwasser in den Rhein genehmigt.

Für Grünwettersbach, Hohenwettersbach und Untermuschelsbach wurden die Gemeindevoranschläge für 1930 festgelegt; der Gemeinde Palmbach wurde eine Kapitalaufnahme genehmigt. Anleihen wurde die Gemeindevoranschläge für 1927 und den Gemeinden Wüßig, Finkenheim und Ruhheim die Gemeindevoranschläge für 1928 verbessert; der Erlassung einer Gemeindevoranschläge zur Erhebung von Biersteuer für Söllingen wurde stattgegeben.

Der Feststellung von Bau- und Straßensuchten der Gemeinde Heilsheim sowie der Feststellung von Bau- und Straßensuchten im Lugsgebiet von Durlach wurde genehmigt. Die Eintrachen wurden abgelehnt.

Damit war die reichhaltige Tagesordnung erledigt. Es war auch die letzte Sitzung des Bezirksrates vor den Neuwahlen. Der Vorsitzende des Bezirksrates, Herr Landrat Dr. Baur, nahm die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß die Bezirksratsmitglieder bei Übernahme des Amtes eine hohe Pflicht zu erfüllen hätten. Für die tätige und treue Arbeit der verflochtenen Jahre sprach er dem Kollegium seinen Dank aus, in der Hoffnung, daß jeder nur die angemessenen Erinnerungen an die Tätigkeit im Bezirksrat mit nach Hause nehmen möge, derselbe könne dies um so leichter, da er immer nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit sein Urteil gefällt habe. Ein Mittalied des Bezirksrates sprach sodann dem Herrn Landrat sowie den Beamten des Bezirksamtes für das gute Zusammenarbeiten, ganz besonders aber für die objektive Geschäftsführung seitens des Herrn Landrates den Dank des Kollegiums aus.

(.) Winteranfang. Der astronomische Winter beginnt am 5. November, der botanische seit am 15. November ein und der meteorologische Winter beginnt am 1. Dezember. Im Kalender ist des öfteren zu lesen, daß der 21. oder 22. Dezember als der Anfang des Winters zu betrachten sei. Dies ist jedoch eine irrümliche Auffassung. Der 21. Dezember ist die Mitte des astronomischen Winters, nämlich der kürzeste Tag. Folglich dauert der astronomische Winter, die Zeit der langen Nächte, vom 5. November bis 5. Februar.

Die Fürsorgestellen der Stadt Karlsruhe. In diesem Artikel in der gestrigen Nummer ist die Zahl der Sozialrentner zu hoch angegeben. Sie stieg nicht von 1514 auf 3091, sondern auf 2091, also 1000 weniger.

# Nazis als „Gemeindepolitiker“

## Sie redeten und entwickelten ihr „Programm“ / Die Untätigkeit und Unbrauchbarkeit der Hitlerkandidaten für die Gemeindearbeit

Kritisches von Eugen Ged. Mitglied des Stadtrats.

In den Kreisen der linksgerichteten Parteien wurde in den letzten Wochen mehrfach die Frage aufgeworfen, wer wohl die kommenden Männer der Nazis für die Gemeindevahlen sein werden. Zehn kennen wir sie und hören zugleich, was sie an die Gemeinde für Forderungen zu stellen haben. In einer Festhalleversammlung traten sie gleich mit einer ganzen Rednergarnitur von kommunalpolitischen „Spezialisten“ vor die Öffentlichkeit.

Da ich mich auch schon etwas mit Kommunalpolitik befaßte, und in der Dauer der Zeit, während welcher ich mich beschäftigte, der ganzen Nazigarnitur wohl um einige Forderungen voraus bin, fühle ich mich doch einseitig berufen, die Reden der Herren Nazis kritisch zu beleuchten.

Als so eine Art „Personalpolitiker“ trat zunächst ein Herr Ingenieur Stäbel als Redner auf. Aus allgemeinen, recht schwülzigen Redensarten konnte man als Kern herausheben, daß die Nazis für ein gesundes Gemeinwesen eintreten wollten. Dazu möchte ich gleich sagen:

Daß wir Sozialdemokraten in unserem Heimatland und damit auch in unserer Stadt nun seit genau vierzig Jahren unabhängig in den Gemeindeverwaltungen und der Gemeindepolitik in einer Unzahl von Sitzungen, Tagungen, in Wort und Schrift ehrenamtlich mitgearbeitet haben. Und wir dürfen ohne Uebertreibung behaupten, daß wir ein gut Teil dazu beigetragen haben, wenn unser Gemeinwesen, unsere Stadt, heute, trotz schwieriger Zeitaltere gesunde und gut daht.

Die großsprecherischen Nazis haben sich jetzt gar nichts anzu und werden daher gar nicht mehr bedürfen zur Gesundmachung.

Der Nazimann verlangt weiter, daß bei der Verwendung der Beamten nur die Eignung, nicht das Parteibuch entscheide. Ganz meine Meinung! Wenn er aber etwa mit dieser seit einiger Zeit oft gebrauchten verteidigten Redensart auch gegen uns Sozialdemokraten sollte heken wollen, — was ich ihm auch unterstelle — so antworte ich ihm darauf einwelfen folgendes:

Ich habe seit 25 Jahren als Stadtratsordner und Stadtrat in unseren Gemeindevollgelen Gesellenheit gehabt, im Plenum des Rates, in der Personal- und Disziplinarkommission und in anderen Gremien über eine ungemn große Zahl personeller Flle zu entscheiden. In Rede und durch meine Abstimmung Bemhte ich mich, so objektiv als es einem Menschen mit Verstand und Gewissen möglich ist, zu verfahren. Ich glaube sagen zu dürfen, daß ich bei allen Veteilungen als sachlicher Beurteiler bekannt bin. Ich habe auch, wie die Ratskollegen wissen, bei der vor noch nicht langer Zeit erfolgten Ernennung des Herrn Jäger zum Stadtkassendirektor für diesen meine Stimme abgegeben, weil ich ihn für diesen Posten unter den sich bewerbenden Kandidaten hielt, und obwohl mir sehr wohl bekannt war, daß Herr Jäger auch ein Parteibuch, oder was ähnliches in der Tasche hat, das aber nicht den SPD-Stempel, sondern den einer rechtsgerichteten Partei trägt. Das Letztere ist eben in der Republik Privatangelegenheit einzelner Staatsbürger. Aber meinen Sie nun, Herr Stbel, wir Sossen hätten bei anderer Gelegenheit, wenn wir nach objektivem Werturteil alles Drum und Drans ein ganz besonders geeigneten Bewerber vor uns hatten — und es kamen solche Fälle in der Praxis vor — ihn deswegen nicht wählen dürfen, weil er zufällig ein sozialdemokratisches Parteibuch in der Tasche trägt? Nein, solche Geel, oder Dioden sind wir denn noch nicht. Ihr verehrten Herrn Nazi!

Jedenfalls dürfen wir aber nach diesen Voraussetzungen behaupten, in den erwähnten Dingen immer korrekt und sauber verfahren zu sein.

Aber bevor ich dieses Kapitel abbreche, muß ich den Spiel und dreen und auf Grund außenstehender Materials feststellen, daß obwohl Sie in dieser Beziehung anfragen — aber wie Sie gesehen haben werden ohne Verchtung — dort, wo Ihre Kreuzzug herfhren, in Trtingen (Koburg und Gotha) und neuerdings auch in Braunschweig, sie in indobjektiver und bewährter Beamte hinauswerfen, weil sie politisch nicht genehm sind und sie dann durch Leute erleben, bei denen nicht die Berufseignung, sondern die Nazieignung maßgebend ist.

Das als Antwort auf Ihre verteidigte Bemerkung mit dem Parteibuch! Vielleicht genugt es einstweilen.

Was Sie als „Personalpolitiker“ sonst noch in der Versammlung ausführen, ist völlig belanglos, teilweise auch abwegig, aber hier nicht der Erwähnung wert.

Herr Stadtkassenordner Jäger, den wir schon erwähnten, referierte in der Festhalleversammlung als „Finanz- und Wirtschaftspolitiker“ der Nazis. Er formulierte keine klar herausgearbeiteten, bestimmten Forderungen, so wie wir sie seit Jahrzehnten gemhnt sind in unseren sozialdemokratischen Programmen zu finden. Er kritisierte polemisierte und negierte funktionslos und systemlos durcheinander. Immer wieder setzte sich die Unerschrockenheit und Unfertigkeit auf dem Gebiet, mit einem Wort, der politische Dilettantismus der Nazis. Herr Jäger verlangte dann des weiteren zur Befruchtung der Wirtschaft die Beratung des Finanzwesens. Ich lne:

Wir Sozialdemokraten verlangen nicht nur schon seit geraumer Zeit Zinsentlungen, sondern haben sie auch da, wo es praktisch möglich ist, z. B. im Aufsichtsrat unjener Städtischen Sparkasse, in den letzten Monaten wiederholt durchführen lassen, a propos ohne Nazis!

Sie kommen also auch hier zu spät!

Ein für einen „Finanzpolitiker“ und beruflich praktisch tätigen Finanzmann ganz naive Feststellung ist die Ansicht des Herrn Jäger, daß unsere Stadt für Schuldsinsen eine Million Mark weniger bezahlen möchte, wenn der Zinssatz nur 5 Prozent betragen würde. Aber, Herr Jäger, wenn man sich doch schon einmal solcher finanzpolitischer Illusionen hingibt, warum wählten Sie denn vor Ihrem gutgläubigen und in solchen Dingen sicher wenig informierten Zuhörer nicht gleich den vierprozentigen Schuldzinstop, der der Stadt noch einige Hunderttausend Mark Ersparnis mehr gegenüber dem jetzigen Zustand bringen würde? Und diesen Top hatten wir ja früher, auch noch zu meiner Zeit, tatsächlich bei der Stadt gehabt. Nicht wahr, wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wäre, Herr Jäger! Fragen Sie einmal die Ihnen nachstehenden Grobediener der verschiedenen Stesies, die für die Hitlerbewegung die Unsummen zur Propaganda hergeben. Diese Leute der Finanz- und Wirtschaft hatten es in der Hand, einen ungünstigen Einfluß auf das Zinsniveau auszuüben, aber sie wollten es nicht aus Gründen ihres eigenen Interesses.

Sie fordern noch eine höhere Aufwertungsquote, besonders nach Vorteil der der Frorge anheimgefallenen Frauenen Spater.

Auch das verlangen wir Sozialdemokraten nicht nur wie die Nazis, sondern haben bei der Städtischen Sparkasse ebenfalls mitschollen, diese Forderungen zu verwirklichen.

Unsere Sparkasse wird nach endgültiger Abrechnung mit höchste Aufwertungsquote im Land besaßen, etwa bis 23 Prozent, während selbst die Genossenschaftsbanken meistens nur im Mittel etwa 5 Prozent und die Privatbanken hberhaupt nichts aufwerten.

Wir haben also den kommenden Nazimnnern auch in dieser Beziehung auf dem Rathaus schon ein erhebliches Stück Arbeit vormegenommen. Auch hier kommen also die viel verlangenden Hitlermnner wieder zu spät.

Endlich hoffen Sie, Herr Direktor, durch eine patentierte Einrentpolitik der Kapitalflucht nach dem Ausland entgegenzutreten. Mit Verlaud, Herr Jäger! Mir scheint die Befmpfung der Kapitalflucht mehr eine Frage der Moral als der Politik zu sein. Kleine Leute vertrieben erfahrungsgemh nicht ihre geringen Ersparnisse, sie geben sie wie es gebührt, auf die Sparkasse oder an ein ähnliches gemeinsames Geldinstitut, das dann die Gelder wieder zur Förderung der Wirtschaftlichkeit verwendet. Aber unter den Juden und stehenden Kapitalisten und Grobedienern sind recht viele Kapitalisten, die vielleicht manchmal nach Weg ihres „Scherlebens“ die ihnen genehme Kapitalbewegung, ihr Geld im Ausland anzulegen, die nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis. Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.

Wenn er hinter die Bühne tritt und eine Kundin bedient, von der er weiß, sie ist nicht Beamtenfrage ist, dann preßt er mit viel schönen Worten die Kapitalbewegung, Herr Manfhot, seines Bedauerns, in der Stdtwirtschaft ist, soweit man das überhaupt definieren kann, so eine Art „Mittelstandspolitik“, auf die Deutlich gesagt der Sieher der Nazis.



### Partei-Nachrichten

**Diejenigen Ortsvereine**  
die durch Genossen, die in Karlsruhe arbeiten, beim Sekretariat eine Gramophonplatte abholen lassen können, werden dringend ersucht, die Abholung bis spätestens Freitag zu veranlassen.  
Das Parteisekretariat.

### Flugblattverbreitung

Genossinnen und Genossen! Arbeitersportler, Arbeiterjünger, insbesondere auch Arbeiterjugend! Beteiligt euch vollständig! Wendet euch an die Ortsvereinsvorsitzenden, in den Städten an die Bezirksobleute.  
Das Sekretariat.

### Volkswirtschaft

**Vom Tabakmarkt:** In Regelskurve wurden die Gruppen verwoogen — 24 Zentner gegenüber 56 Zentner im Vorjahre. Käufer ist die Firma Börmann in Karlsruhe-Stüppert. Bezahlt wurde 20 RM je Zentner. Das Sandblatt wurde um 60 M je Zentner an die Firma Bogelmann-Bremen verkauft. Um den gleichen Preis kaufte dieselbe Firma das Sandblatt in Hertzshofen und Solihausen. Bei der erstmals in Offenburg veranstalteten Tabakmischungslehre haben nachfolgende an die Kammer angehörenden Pflanzervereinigungen ihr Sandblatt verkauft: Hertzshofen zu 63 M, Edarisweiler zu 57, Sand zu 56,30 M, Hertzshofen zu 59 M. Hierzu treten je nach Qualität Zuschläge hin, welche bis zu 20 Prozent. — Am Freitag wurde in Solihausen, Amt Rehl, das Sandblatt verkauft. Erhielt wurde 58 M je Zentner.

### Tarifbindung in der Oberbergischen Textilindustrie

Köln, 5. Nov. (Funkdienst.) Der Arbeitgeberverband für die Oberbergische Textilindustrie hat den Lohnvertrag und das Arbeitszeitabkommen für die Textilindustrie im Oberbergischen Bezirk zum

Jahresende gekündigt. Das Ziel der Unternehmer dürfte eine Herabsetzung der ohnehin erbärmlichen Löhne sein.

### Welches Wasser eignet sich am besten für die Wäsche?

Das Wasser und Wasser nicht dasselbe ist, geht schon aus den grammatikalischen Unterschieden hervor; wir unterscheiden: Regen-, Fluß-, Gebirgs-, Brunnen- und Leitungswasser. Außerdem hat die Naturwissenschaftler unterschiedliche Feinheiten festgestellt. Interessant ist zu wissen, daß Wasser stets Gase wie Kohlendioxid und Kohlenwasserstoff in sich oder Stoffe wie Lehm, Ton usw. enthält. Die Gegenwart dieser Magnesia und Eisen macht das Wasser hart und beschränkt seine Verwendungsfähigkeit für Haushaltszwecke. Reine Hausfrau weiß, daß in hartem Wasser die Seife schlecht schäumt, daß der Seifenstein in Wäsche sich bilden und durch Abziehen des Wassers entsteht, und daß dieses hartes eisenhaltiges Wasser die Wäsche gelb werden läßt. Unsere Hygiene ist wohl darauf bedacht, daß wir nur mit solchem Wasser waschen, das der Gesundheit zuträglich ist. Die mehr oder weniger Verwendungsfähigkeit des Wassers können wir aber selbst regulieren. Für die Hausfrau kommt meist nur das Weichmachen des Wassers in Frage, das man durch Kochen des Wassers erreichen kann, auf andere Art aber dadurch, daß man dem Wasser vor Verwendung für Haushaltszwecke einige Hände voll Natrium-Bicarbonat beizugebt.

## Reicht es?

Wie viele müssen sich diese Frage vorlegen und sie dann mit betrübter Miene verneinen. Schlechte Ware wollen Sie nicht kaufen und für Qualitätsware reicht es eben nicht. Unsere große Veranstaltung zeigt hier einen Ausweg, denn wir liefern wirklich gute Ware zu billigen Preisen.

Der große

## Mantel-Verkauf

in 4 Preisgruppen

sei allen wiederholt gelegentlich empfohlen.

Gruppe I Gruppe II Gruppe III Gruppe IV

45.- 65.- 85.- 105.-

Lassen Sie sich doch einmal einige Sachen bei uns vorlegen, das verpflichtet Sie ja zu nichts.

## Stern & Co.

Karlsruhe, Marktplatz

Das große Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

**Todes-Anzeige**  
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann  
**Johann Sprauer**  
Werkhauer  
durch einen Unglücksfall im Alter von 72 Jahren verschieden ist.  
Karlsruhe, den 4. November 1930.  
Wiederh. 90a  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Jeau Elga Sprauer Witwe**  
Feierbestattung: Donnerstag nachmittags 4 Uhr.

**Dr. H. Nerlich** wohnt  
Sprechstunden: 8-9 und 3-6 Uhr  
Mittwoch und Samstag nur 8-9 Uhr

Freundlich möbliertes **Zimmer**  
Rauherdenzimmer möbl. mit elektr. Licht zu verm.  
Nr. 14, 4. Et. L. Ebd. Hbf. Landstraße 25, part.

**Gaggenauer Anzeigen**  
Verammlung der Beobachtungskommissionmitglieder.  
Am Samstag, den 15. d. Mts., nachmittags 1/2 2 Uhr findet im Gasthaus zum „Höle“ in Baden-Baden-West die Verammlung der Beobachtungskommission statt. Interessenten des Weinbaues können daran Teil nehmen.  
Gaggenau, den 4. November 1930. 1552  
Der Bürgermeister: Schneider.

**Landwirtschaftliche Schule in Rastatt** betreffend.  
Am Montag, den 10. d. Mts., vormittags 9 Uhr, beginnt der Winterkursus an der landwirtschaftlichen Schule in Rastatt. Anmeldungen für den Besuch der Schule können während der Zeit bis zum Schulbeginn bei dem ergebenen Unterrichtsleiter oder beim Schulvorstand in Rastatt vollzogen werden.  
1551  
Gaggenau, den 4. November 1930.  
Der Bürgermeister: Schneider.

**Badisches Landestheater**  
Mittwoch, 5. Nov.  
**2. Sinfonie-Konzert**  
Leitung: Josef Sereps  
Solist:  
Nathan Milstein (Violine)  
2. Sinfonie (Erstaufführung): Kullerker.  
Stolmsongert (zum 100. Geburtstag d. Beethoven)  
Goldmarkt.  
Zill Gulempiegel:  
Richard Strauß  
Anfang 20 Uhr  
Ende gegen 22 Uhr  
I. Rang und I. Sperrreih.  
5,00 Mk.

Do. 6. 11. Adbotat  
Kath. Vikar: Der  
Diener zweier Herren.  
Fr. 7. 11. Die Riebelungen I. u. 2. Abteilung  
Sa. 8. 11. Uraufführung:  
Die Liebesprobe. Hieran: Neu einstudiert:  
Vollschlegende. Sa. 9. 11.: Nachmittags: Die Rädin. Abends: Die Bohème. Im Konzerthaus: Zum ersten Mal: Meine Schwester und ich. No. 10. 11. Die Riebelungen I. u. 2. Abteil.

**Colloleum**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Hollywood**  
Die große amerikanische Schau  
2 Kapellen

**Weißtöckerin**  
empfiehlt sich im Sticken  
Waldhornstr. 21, Krieg.

**Der Blitz**  
am Mittwoch  
Schluphose 1.65  
Kunstseidendecke, innen veraußt  
Damenstrümpfe 1.85  
reine Wolle, fein gewebt  
Donnerstag wieder  
kostenloses Zuschneiden  
aus unseren Wäschestoffen!  
**BURCHARD**

**Kaffee Bauer**  
Heute Mittwoch 20.30 Uhr  
**Großes Sonderkonzert der Kapelle Krämer**  
Aus dem Programm:  
Die Weihe des Harnese, Ouvertüre - Beethoven  
Fantasie a. d. Oper Die toten Augen - D'Albert  
Ungarische Rhapsodie für Cello - Popper  
Solist: Albert Pichner.

**Greta Garbo**  
IN  
**Wilde Orchideen**  
mit  
Lewis Stone  
und  
Nils Asther  
Karey Franklin  
**Greta Garbo**  
die vergötterte Frau der Leinwand, sehen Sie in einem Schauspiel mit prachtvoll exotischem Hintergrund.  
**Greta Garbo**  
spielt mit seltener Hingabe eine schöne Amerikanerin, deren ruhiges Eheglück durch die glühenden Werbungen eines javanischen Prinzen und die schwüle Atmosphäre der fremden Umgebung fast vernichtet wird. Die phantastische Exotik der javanischen Szenerie bildet einen besonders reizvollen Kontrast zu der blonden Schönheit der Garbo.  
**Ein spannendes Tonfilm-Schauspiel**  
ab heute 3, 5, 7 und 9 Uhr  
**GLORIA**  
PALAST, AM RONDELLPLATZ

**Während der Messe**  
**Stoffe**  
Damenstoffe  
Herrenanzugstoffe  
Baumwollwaren  
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen  
**Wilh. Braunagel, Herrenstr. 7**

**P. M. Gräfinger**  
Rastatt  
Manufakturwaren  
Ausstattungsartikel

**Arbeiter-Gesangverein „Liederkrantz“ Grötzingen**  
Am Sonntag, den 9. November, abends 7 Uhr, in der Gemeindegemeinde Grötzingen  
**Uhlmann-Gedächtnis-Konzert**  
unter Mitwirkung des „Starkchen Streichquartett“ Karlsruhe  
Zu zahlreichem Besuch wird freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.  
Grötzingenstr. 58a, 11.

**Die Bratensoße im Würfel für 15 Pfg.**  
Um Soße zu haben, ist es nicht nötig, daß immer ein großer Braten in der Pfanne schmort. Denn soviel Soße wie ein großer Braten gibt Ihnen auch ein einziger Würfel „Knorr-Bratensoße“. Sie brauchen nur anzurühren, aufzukochen und schon haben Sie eine würzige, pikante Bratensoße fix und fertig. Und die Kosten? - 15 Pfg.  
**Knorr**  
Bratensoße